

# Grußwort anlässlich des öffentlichen Hearings „Einwanderungsland Schleswig-Holstein“



**Torsten Geerds**  
Präsident des  
Schleswig-Holsteinischen  
Landtages

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

„Einwanderungsland Schleswig-Holstein“ – so ist die heutige Veranstaltung überschrieben. Wer in die Vergangenheit unseres Landes zurückblickt, der wird feststellen, dass stets Menschen hierher kamen, um hier zu leben, und dass es auch Zeiten gab, in denen Menschen Schleswig-Holstein für eine neue Heimat verließen. Migration gehört damit zu unserem Land und seiner Geschichte. Vor etwa einem halben Jahr erinnerte eine Veranstaltung im Landtag an „50 Jahre deutsch-türkisches Anwerbeabkommen“.

Die Menschen, die damals nicht nur aus der Türkei von uns nach Schleswig-Holstein und ganz Deutschland gerufen wurden, blieben und leben mittlerweile in der dritten Generation bei uns.

Die Entwicklung hat uns dabei gezeigt, dass es ein Trugschluss ist, in einer zusammenwachsenden, mobilen und globalisierten Welt zu glauben, dass wir Menschen nach Belieben zu uns rufen oder wieder wegschicken können. Menschen schlagen Wurzeln und die Fremde wird ihnen zu einer neuen Heimat.

Es ist nicht zuletzt deshalb dringend an der Zeit, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir in einer Gesellschaft zusammenleben wollen, die sich mit dem Phänomen Migration als einem andauernden Prozess auseinandersetzen muss. Dabei hat „Migration“ sehr viele Gesichter und zwei ganz wichtige Aspekte werden heute von den Referenten ganz besonders beleuchtet, nämlich zum einen der Umgang mit Flüchtlingen und die besonderen Probleme von Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigungen, und zum anderen die Frage nach verbesserten Integrationsangeboten.

Diese beiden Themen genießen in der Öffentlichkeit einen sehr unterschiedlichen Stellenwert. Die so genannte „Integrationsdebatte“ ist unumstritten seit

einigen Jahren voll im Gang und sie ist – bei allen Misstönen, die dabei auch zu vernehmen waren – ein Zeichen dafür, dass die Menschen in unserem Land Mitbürger mit Migrationshintergrund längst als Teil der Gesamtgesellschaft begreifen.

Die Menschen, die sich nur mit Duldung oder ganz ohne Papiere bei uns aufhalten, sind dagegen bis heute in der Öffentlichkeit problematisches Thema. Wir dürfen hier aber die Augen nicht verschließen, so wie es vor 50 Jahren mit den so genannten Gastarbeitern lange geschehen ist. Die Lehre aus Jahrzehnten verschleppter Integrationspolitik muss heute sein, Probleme rechtzeitig zu benennen und offen zu diskutieren.

Wie ist der „Ist-Stand“, welche Perspektiven gibt es? Das sind die Leitfragen, die heute an konkreten Problemen diskutiert werden sollen. Wenn wir uns dabei explizit nur mit einem Teil der Gesellschaft, den „Migranten“ bzw. den „Menschen mit Migrationshintergrund“, beschäftigen, so kann das nicht geschehen, ohne die gesamte Gesellschaft mit einzubeziehen.

Die Menschen in Schleswig-Holstein müssen gemeinsam in die Zukunft schauen und – das sage ich hier ausdrücklich: Wir können es uns nicht leisten, aktive, zukunftsorientierte und fleißige Köpfe zu verlieren.

Diese Erkenntnis sollte die Integrationsdebatte maßgeblich bestimmen. Einwanderer und ihre Kinder sind Potenzial und Kapital für die Zukunft.

Diese Begriffe sollen nicht über die menschlichen Dimensionen der Migration hinweggehen, sie zeigen aber, dass Migranten unserer Gesellschaft sehr viel zu geben haben, während vielfach immer noch die Vorstellung dominiert, diese Menschen kämen, um zu nehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich vor allem auf Projekte und Überlegungen verweisen, die sich mit

Perspektiven für junge Migranten und junge Bürger mit Migrationshintergrund beschäftigen. Dazu ein Beispiel: In meiner Heimatstadt Neumünster wurde unter dem Titel „Jobcoaching“ ein erfolgreiches Aufbau- und Förderprogramm für Jugendliche durchgeführt. Das Ziel dieses Programms war es, Jugendlichen mit und ohne Bildungsabschluss mit Migrationshintergrund Zugang zu Ausbildungsplätzen und zum Berufsleben zu bieten.

Rund ein Viertel der Jugendlichen konnte langfristig erfolgreich in das Berufsleben einsteigen. – Ein Viertel? Das klingt wenig. Bedenken wir aber, dass allein diese 25 % sehr gute Chancen haben, nicht wieder dauerhaft von staatlichen Unterhaltsleistungen abhängig zu sein. Die Kinder dieser jungen Bürgerinnen und Bürger wiederum werden von ihren Eltern lernen, was nötig ist, um erfolgreich im Leben und in der Gesellschaft zu bestehen.

Das ist ein Erfolg, und das ist eine klare Rechnung: Jeder Cent, den wir in Bildung, Ausbildung und vor allem in das Selbstwertgefühl und die Motivation dieser Jugendlichen investieren, lohnt sich.

Zu Recht ist in der Integrationsdebatte immer wieder hervorgehoben worden, dass eine Gemeinschaft nur dann funktioniert und sich weiter entwickelt, wenn alle Menschen feste Grundwerte und gesellschaftliche Übereinkünfte teilen. Wie aber ließen sich diese gemeinsamen Werte besser transportieren, als durch Teilhabe? Wer im Berufsleben steht, wer in der Schule und im Alltagsleben respektiert wird, der wird auch der Gesellschaft und ihren Werten gegenüber Respekt entgegenbringen.

Meine Damen und Herren,

der Umgang mit den Menschen, die sich illegal oder lediglich geduldet bei uns aufhalten, ist problematisch. Gleichwohl muss eine Gesellschaft aber im eigenen Interesse daran interessiert sein, dass diesen Menschen Wege und Möglichkeiten aufgezeigt werden, ihre Situation zu verbessern. Bisher ist diese Situation von zahlreichen Widersprüchen geprägt, etwa wenn es darum geht, dass unsere Gesellschaft diesen Menschen zum Erhalt eines gesicherten Bleiberechts Integrationsleistungen abfordert.

Der Erwerb von Sprachkenntnissen und der Nachweis, nicht von staatlichen Unterstützungsleistungen abhängig zu sein, lassen sich schwerlich erbringen, wenn diesen Menschen der Zugang zu Informationsangeboten, Kursen und anderen Hilfestellungen erschwert oder gar unmöglich gemacht wird.

Das ist – ich betone das noch einmal – eine problematische Angelegenheit, denn Recht und Gesetz sind Pfeiler unseres demokratischen Systems und ihre Achtung muss prinzipiell von jedem eingefordert werden. Wir wollen aber Integrationswillen und Integrationsleistung anerkennen.

In diesem Zusammenhang ist auch der Vorschlag von Minister Emil Schmalfuß zu verstehen, der im letzten Jahr dazu ganz deutlich sagte „Wer sich integriert hat, dessen persönlicher Einsatz muss auch durch eine Bleibeperspektive belohnt werden.“ Das ist ein pragmatischer Ansatz, der letztlich auch aus dem Bewusstsein entspringt, dass wir unsere Zukunft nur dann nachhaltig gestalten können, wenn wir die Potenziale aller Menschen nutzen, die bei uns leben.

Hier gibt es im Übrigen sehr erfolgreiche Beispiele und die heutige Veranstaltung zeigt das deutlich. Viele Migranten sind bereits seit längerem in kommunalen Foren und „Runden Tischen“ engagiert. Dort gestalten Menschen mit Migrationshintergrund Zukunftsperspektiven für andere Menschen mit dem gleichen Hintergrund.

Das ist politische Partizipation in bestem Sinne und ein Feld, das insgesamt oft vernachlässigt wird: Vielfach klagen kommunale Mandatsträger über mangelndes Engagement der Bürger. Wenn im Falle der Migrantenforen Bürger mit Migrationshintergrund zu Motoren kommunalpolitischer Arbeit werden, so bringt das neuen Schwung in die Kommunalpolitik.

Insgesamt sind viele positive Anfänge gemacht, sowohl in der Integrationspolitik als auch im Umgang mit noch offenen Fragen. Das heutige öffentliche Hearing mit Referaten und Diskussionen ist in dieser Entwicklung mehr als nur ein kleiner Schritt. Dass heute so viele Experten, Betroffene und Interessierte im Landeshaus zusammengefunden haben, zeigt eindrucksvoll, dass alle Menschen im Land das Tempo erhöhen wollen, zu unser aller Nutzen.

Ich möchte deshalb allen Teilnehmern, den Referenten und Organisatoren dieser Veranstaltung für ihre Arbeit und ihr Engagement danken. Ich wünsche Ihnen einen intensiven Meinungs- und Gedankenaustausch, gute Gespräche, neue Impulse und Ideen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!